

Börsen-Zeitung vom 29.01.2019, Nr. 19, S. 9

RWE erwartet großen Stellenabbau

Deutschland plant Kohleausstieg bis 2038 - Bundesregierung setzt Vorschläge der Kohlekommission um

Als schneller Einstieg in den Ausstieg sollen bis 2022 rund 7 Gigawatt Kohlekapazität zusätzlich vom Netz, davon 3 Gigawatt Braunkohle. Die Kohlekommission hat sich bewusst entschieden, in dem Bericht keine konkreten Kraftwerke zu nennen. RWE hat angekündigt, die Last nicht allein stemmen zu wollen.

Börsen-Zeitung, 29.1.2019

cru Düsseldorf - Deutschlands geplanter Kohleausstieg bis 2038 wird die Steuerzahler mehr als 50 Mrd. Euro kosten - und aus Sicht von RWE-Vorstandschef Rolf Martin Schmitz auch zahlreiche Arbeitsplätze bei dem **Energiekonzern** kosten. Der vereinbarte Kohleausstieg sei sehr ambitioniert und werde bei RWE bis 2023 einen signifikanten Stellenabbau zur Folge haben, der weit über die bisherigen Planungen hinausgehe, kündigte der Manager an.

"Das wird ein Kraftakt für alle und kann nur gelingen, wenn die Politik tatkräftig und verlässlich unterstützt. Und selbst dann werden wir sehen, ob ein so frühes Ausstiegsdatum am Ende überhaupt sinnvoll möglich ist", sagte Schmitz. Wie die Umsetzung genau funktioniere und was das im Einzelnen für RWE heiße, müsse man erst einmal analysieren. Allein in der Braunkohlesparte beschäftigt das Unternehmen 10 000 Mitarbeiter.

Der Kurs der RWE-Aktie reagierte am Montag auf die am Samstagmorgen nach monatelangen Verhandlungen erzielte Einigung der Kohlekommission mit einem Minus von zeitweise 0,4 % auf 21,28 Euro. Allerdings war die Aktie des Konzerns, der als größter Kohleverstromer am stärksten betroffen ist, in den vorigen drei Handelstagen in der Hoffnung auf hohe Entschädigungszahlungen von laut Analysten bis zu 3 Mrd. Euro um fast 9 % auf den höchsten Stand seit September gestiegen.

Ab 2022 nur 30 Gigawatt

Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke stehen für 42 Gigawatt der Erzeugungskapazität in Deutschland und erzeugen rund 40 % des hierzulande verbrauchten Stroms. Nach dem Plan der Kohlekommission soll nun die Kohlekraftwerkskapazität bis Ende 2022 auf 30 Gigawatt reduziert werden - und auf 17 Gigawatt bis 2030. Als Faustformel für Entschädigungen für vorzeitige Kraftwerksschließungen gelten 600 Mill. Euro je Gigawatt, weil das die Summe ist, die für die Einmottung von Kraftwerken über die sogenannte Sicherheitsreserve staatlicherseits gezahlt wurde.

Der Plan der Kohlekommission stellt zudem rund 40 Mrd. Euro an finanziellen Transfers über die nächsten 20 Jahre an die Braunkohle-Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt in Aussicht, die damit den Strukturwandel bewältigen sollen. Es sollen auch mehr Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen in den Kohleregionen angesiedelt werden. Des Weiteren sollen Haushalte und Unternehmen eine Ausgleichszahlung zur Dämpfung des Strompreisanstiegs erhalten, die sich auf jährlich 2 Mrd. Euro summiert.

Es soll ein "Anpassungsgeld" von laut IG BCE rund 5 Mrd. bis 7 Mrd. Euro für Beschäftigte in den Tagebauen und

Kohlekraftwerken ab 58 Jahren geben, die die Zeit bis zum Renteneintritt überbrücken müssen, sowie einen Ausgleich von Renten-Einbußen.

RWE ist Eigentümer des umkämpften Hambacher Waldes am Rande des Hambacher Tagebaus in Nordrhein-Westfalen und möchte ihn abholzen, um darunterliegende Braunkohle zu baggern. Ein Gericht hatte das vorerst gestoppt. Im empfohlenen Konzept der Kommission für den Kohleausstieg wird der Erhalt des Waldes lediglich als "wünschenswert" bezeichnet.

Nach der Einigung der Kohlekommission soll die Politik für die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen sorgen. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer forderte die Bundesregierung zu raschem Handeln auf, die Gewerkschaft IG BCE warnte vor Änderungen an dem Kompromiss. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sagte zu, dass die Regierung den Kommissionsbericht "sehr sorgfältig und auch sehr konstruktiv prüfen" werde.

Ein früherer Ausstieg soll 2032 geprüft werden - stimmen die Betreiber zu, ist auch ein Ende 2035 möglich. Wirtschaftsminister Peter Altmaier sagte, zur Umsetzung sei eine ganze Reihe von Gesetzen nötig, darunter ein Maßnahmengesetz, das festschreibt, wie der Bund den Strukturwandel genau fördern will. Für den schnellen Anlauf des Kohleausstiegs habe der Bund einen "sehr schnellen Start" der Finanzierung angeboten. Dafür stehe bereits Geld im Bundeshaushalt zur Verfügung. Am Donnerstagabend wollen die Ministerpräsidenten der Braunkohleländer mit Finanzminister Olaf Scholz und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) beraten.

Braunkohle gilt als klimaschädlichster **Energieträger**, aber mindestens 20 000 Arbeitsplätze hängen unmittelbar daran im Rheinland und in Ostdeutschland. Nach dem für Ende 2022 geplanten Atomausstieg wird Deutschland dann ab spätestens 2038 als eines der ersten Industrieländer der Welt neben Erdgas fast komplett auf **erneuerbare Energien** setzen. In der Kommission rangen seit Juni 2018 Klimaschützer, Gewerkschafter, Wirtschaftsvertreter und Wissenschaftler um Lösungen - am Ende stimmten 27 der 28 Mitglieder dafür.

- Leitartikel Seite 6

cru Düsseldorf



Quelle: Börsen-Zeitung vom 29.01.2019, Nr. 19, S. 9


ISSN: 0343-7728

Dokumentnummer: 2019019051

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/BOEZ_e3fcbd2e66bf1a30d430978bc62547e14cdd6d86

Alle Rechte vorbehalten: (c) Börsen-Zeitung

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH